

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 88 846-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 121

28. Juni 1978

Prof. Dr. Horst Ehmke
MdB, stellvertretender
Vorsitzender der SPD-Bun-
destagsfraktion sieht die
Wurzeln des Faschismus
in Deutschland im
deutsch-nationalen Kon-
servativismus.

Seite 1/2

Volkmar Gabert MdL, Vize-
präsident des bayerischen
Landtags, fordert mehr
Schienenverkehr beim
transalpinen Warentrans-
port.

Seite 3/4

Herbert Bermeitinger,
Mitglied der Europakom-
mission beim SPD-Vorstand,
begrüßt das "Kieler Pro-
gramm" der Europa Union.

Seite 5

Hermann Dürr MdB fragt
nach Sinn und Notwendig-
keit einer Bundestags-
sondersitzung in der
Sommerpause.

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Ein Nachwort zum 17. Juni

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der 17. Juni sollte uns nicht nur an den Aufstand in der DDR erinnern, sondern sollte auch immer wieder Anlaß für uns Deutsche sein, über die Gründe und Konsequenzen der deutschen Katastrophe von 1933 bis 1945 und der daraus entstandenen Teilung unseres Landes nachzudenken. Wilhelm von Humboldt hat einmal geäußert, ein Volk, das keine Geschichte haben wolle, verdiene auch keine Zukunft. Das gilt gerade auch für uns Deutsche, die wir unsere jüngste Geschichte geradezu tabuisiert zu haben scheinen.

Der 17. Juni also ein Tag der Besinnung oder - um ein Wort aus einer anderen Sphäre zu gebrauchen, das aber hier durchaus am Platze ist - ein Tag der Einkehr. Was dem deutschen Volk an diesem Tag - dem 25. Jahrestag des 17. Juni - von der Opposition geboten wurde, war allerdings weniger Besinnung und Einkehr, sondern glich teilweise einem rechten Propagandafeldzug. Wie anders kann man die Verleumdung von Herrn Strauß verstehen, der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hätte ein gebrochenes Verhältnis zu Deutschland. Wie anders das von Herrn Dregger im Zusammenhang mit der Deutsch-land- und Entspannungspolitik gesprochene Wort vom "nationalen Verbrechen".

Es ist für Demokraten nachdenkenswert, daß solche Äußerungen heute in Deutschland wieder gemacht werden können, ohne daß sich dagegen ein Sturm des Protestes erhebt. Offenbar hat sich die deutsche Öffentlichkeit schon so an derartige Sentenzen aus den Reihen der Unionsparteien gewöhnt, daß sie nicht mehr recht bemerkt, was diese Äußerungen beinhalten. Was hier vor sich geht, ist eine direkte Anknüpfung an die Angriffe der Rechten und Rechtsradikalen gegen die Weimarer Republik. Wenn Strauß z.B. dem Bundeskanzler und dem SPD-Vorsitzenden vorwirft, sie betrieben eine Politik der "Er-

füllung sowjetimperialistischer Tendenzen", so ist das nichts anderes, als die Wiederholung des perfiden Vorwurfs der Rechten in der Weimarer Republik, die damaligen staatstragenden Männer seien "Erfüllungspolitiker". Dementsprechend führt dann auch der Weg von solchen Sentenzen über Filbingers Diffamierungsparole "Freiheit oder Sozialismus" zu den rechtsradikalen Unverfrorenheiten des "Deutschland-Magazins" und der "Nationalzeitung" (etwa mit der Schlagzeile der letzten Woche: "Landesverräter Wehner contra Hochverräter Stauffenberg"). Eine Führwehr vertrauenerweckende Gesellschaft.

Der die Nation spaltende Anti-Sozialismus der deutschen Rechten hat - woran im 100. Jahr des Sozialistengesetzes kaum erinnert zu werden braucht - über Weimar zurückreichende Wurzeln. Das gleiche gilt für den in der deutschen Geschichte leider so oft erfolgreichen Versuch, das liberale Bürgertum im Namen der Nation zu spalten, um es der gesellschaftlichen Reaktion dienstbar zu machen. Das Schicksal auch der zweiten deutschen Demokratie wird u.a. davon abhängen, ob die Liberalen diese Lektion unserer Geschichte gelernt haben.

In den 60er Jahren haben die Liberalen zusammen mit der Sozialdemokratie mutig neue Wege in der Deutschlandpolitik gesucht und gefunden. Es war den Liberalen mehrheitlich klar geworden, daß mit der Politik von gestern eine Deutschlandpolitik für morgen nicht gestaltet werden kann. Anders die Unionsparteien. Unbelehrbar wie eh und je glauben die in CSU und CDU dominierenden Kräfte, mit einer "Politik der Stärke" in der Deutschlandpolitik etwas bewirken zu können. Die CSU spricht neuerdings in einer deutschlandpolitischen Denkschrift sogar schon wieder von "Reichsteilen außerhalb der Grenzen von 1937".

Politik für Deutschland heißt heute auch, jedes Wiederaufleben einer reaktionären-nationalistischen Politik in Deutschland zu verhindern. Sie muß dazu beitragen, daß bei unseren Nachbarvölkern in Europa allmählich die Wunden verheilen, die ein größenwahnsinniges deutsches Regime geschlagen hat. Eine Deutschlandpolitik für morgen kann sich keinen Rückfall in die politischen Sünden von gestern leisten. Sie muß im europäischen Kontext und im Gleichklang mit unseren Nachbarvölkern am Frieden und für die Demokratie arbeiten. Nur unter diesen Vorzeichen wird es gelingen, einen europäischen Konsens dahingehend zu erzielen, daß die deutsche Teilung, eine Konsequenz der verbrecherischen Politik Hitlers, überwunden werden kann.

Deutschlandpolitik für morgen heißt deshalb auch, unnachsichtig jene zu bekämpfen, die aus den Fehlern von gestern nichts gelernt haben. Der deutsch-nationale Konservatismus, dem sich wesentliche Teile der CDU/CSU heute wieder zuwenden, hat seine Wurzeln leider nicht gekappt, die - ins Kaiserreich und in die Weimarer Republik zurückreichend - die Entstehung und Ausbreitung des Faschismus mit ermöglicht haben. Wie Klaus von Beyme im Zusammenhang mit dem Fall Filbinger gerade noch einmal im "Vorwärts" (Nr. 22) nachgewiesen hat, ist dieser Konservatismus zwar keineswegs mit dem Faschismus identisch, aber er hat dessen Machtergreifung mitermöglicht. Ansätze in CDU/CSU, sich von diesem Konservatismus zu trennen, hat es nach 1945 im Anblick des von der deutschen Redaktion hinterlassenen Trümmerberges durchaus gegeben. Daß diese Einsichten nunmehr offensichtlich bis zum Verschwinden verblasen, muß uns zu einer kämpferischen Wachsamkeit veranlassen. Die deutsche Sozialdemokratie hat hier mehr zu vertreten und zu verteidigen, als eigene parteipolitische Interessen. Die FDP übrigens auch. Die Hoffnung, daß die besonnenen Kräfte in den Unionsparteien wenigstens in dieser Frage ihre Sprache wiederfinden werden, ist dagegen leider gering zu achten. (-/28.6.1978/vo-he/hgs)

Die Alpen dürfen nicht zubetoniert werden

Priorität für die Schiene im grenzüberschreitenden Verkehr des Alpenraumes

Von Volkmar Gabert MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtages

Am 22. und 23. Juni 1978 tagte auf Einladung der Georg v. Vollmar-Akademie die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten im Alpenraum, um sich mit dem Thema "Grenzüberschreitender Verkehr im Alpenraum - Probleme und Lösungen" zu beschäftigen. An der Konferenz nahmen führende Politiker der Sozialdemokratischen und Sozialistischen Parteien aus den Ländern Kärnten, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, aus der Schweiz, aus Italien-Südtirol und aus der Bundesrepublik Deutschland teil. Erstmals waren auch Verkehrsfachleute aus Jugoslawien vertreten. Besonderes Gewicht erhielt die Tagung dadurch, daß sich Direktor Dr. Erdmenger von der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel beteiligte. An der öffentlichen Diskussion nahmen auch Vertreter des Bundes Naturschutz, des Deutschen Alpenvereins und der Naturfreunde teil.

Der Verkehrsminister der Republik Österreich, Karl Lausecker, beschäftigte sich in seinem Beitrag mit dem besonderen Problem seines Landes, das darin besteht, daß sieben Millionen Österreicher Verkehrswege für 300 Millionen Menschen in Europa allein finanzieren sollen. Die Einführung der Transit-Gebühr für Lastkraftwagen am 1. Juli 1978 ist ein Versuch, Europa diese Unmöglichkeit klarzumachen.

Minister Lausecker setzte sich für internationale Lösungen in der Wegekostenfrage ein. Er betonte, daß Österreich gezwungen sein wird, noch einschneidendere Maßnahmen zu ergreifen, wenn es nicht gelingt, den Güterfernverkehr von der Straße auf die bei weitem nicht ausgelastete Schiene zu verlagern. Ordnungspolitische Maßnahmen wie Kontingenteinschränkungen für Lastkraftwagen und zeitliche Verkehrsbeschränkungen sind nicht auszuschließen. Die Verlagerung des Fernlastverkehrs auf die Schiene ist schon deswegen notwendig, weil man die Landschaft nicht endlos mit neuen Autobahnen zubetonieren kann.

Nationalrat Werner Meier aus der Schweiz wies darauf hin, daß der Straßentransitverkehr durch die Schweiz wohl prozentual beträchtlich zugenommen hat, daß er jedoch anteilmäßig mit 340 tausend Tonnen 1976 im Vergleich zu Frankreich mit 5,7 Millionen Tonnen und Österreich mit 10,2 Millionen Tonnen noch bescheiden geblieben ist. Der Grund dafür liegt in ordnungspolitischen Maßnahmen für Maße und Gewichte (in der Schweiz sind nur 28 t Gesamtgewicht gegenüber 38 t in den EG-Staaten zugelassen) und bei polizeirechtlichen Schwerverkehrsbeschränkungen. Der Schweizer Bundesrat hat schon vor Jahren die Notwendigkeit erkannt, den Schwerverkehr im internationalen Transitverkehr nach Möglichkeit auf die Schiene umzulenken. Der Huckepack-Verkehr ist eine sinnvolle und wirtschaftlich vertretbare Alternative zum Straßentransit. Die rollende Straße soll als Schienentransport-Korridor durch die Schweiz einerseits eine übermäßige Belastung, Verstopfung und Abnutzung der Straße verhindern und andererseits die vorhandene Schieneninfrastruktur besser zur Ausnutzung bringen. Auch die Schweiz wird sich mit dem Problem der Erhebung von Transitgebühren zu befassen haben. Mit allem Nachdruck wies er darauf hin, daß eine rasche gesamteuropäische Lösung dringend notwendig ist.

Ministerialdirigent Dr. Erwin Gleißner vom Bundesverkehrsministerium hob hervor, daß auch die Bundesrepublik Deutschland durch ihren Außenhandel stark zum transalpinen Verkehr beiträgt. 1977 wurden Waren von etwa 27 Millionen Nettotonnen auf dem Landwege im Alpenraum und zum großen Teil über die Alpen transportiert. Dazu kommt

noch der starke jährliche Urlaubsreiseverkehr.

Der Bundesminister für Verkehr hat deshalb die europäische Gemeinschaft zum gemeinsamen Handeln aufgerufen. Der kombinierte Verkehr kann nach deutscher Auffassung wirksam zur Problemlösung beitragen. Die Bundesrepublik bemüht sich sehr um gemeinsame Lösungen. Sie vertritt die Auffassung, daß der Ausbau der großen europäischen Verkehrsachsen und die Bewältigung der Probleme der Transitstaaten durch europäische Lösungen unterstützt werden muß. Die Politik der Bundesregierung hat letztlich die Gemeinschaftsfinanzierung von internationalen Transversalen zum Ziele. Die Eisenbahnalpenübergänge und die Zufahrtsstrecken müssen durch bautechnische und betriebliche Maßnahmen leistungsfähiger gestaltet werden.

Das Ergebnis der gründlichen Beratungen in der internen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten im Alpenraum und die Aussprache im öffentlichen Teil der Tagung zeigten, daß alle Teilnehmer einen stärkeren Ausbau des Schienenverkehrs für den Güterverkehr befürworteten. Die Planungen für alpenüberschreitende Verkehrswege im Nordsüd- und Ostwest-Verkehr sind als europäische Aufgaben zu sehen. Für den kostenintensiven Verkehrsausbau im Alpenraum sind europäische Finanzierungssysteme anzustreben.

Stark unterstrichen wurde die Bedeutung des Umweltschutzes. Die Funktion des Alpenraumes als europäischer Erholungsraum darf nicht zerstört werden. Bei allen Erfordernissen des Verkehrsausbaus darf es zu keiner Asphaltierung des Alpenraumes kommen. Dieser Raum braucht eine integrierte langfristige Politik, in der Ökologie und Ökonomie eine gleichberechtigte Rolle spielen müssen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre soll bei allen Investitionen in der Alpenregion grenzüberschreitend eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgenommen werden. Die sogenannte "Alemannio-Autobahn" mit ihrer Trasse durch das Zillertal wurde entschieden abgelehnt.

Auch die Probleme des Güterfernverkehrs können nur als europäische Aufgabe gelöst werden. Dieser Verkehr stellt eine starke Belastung für die Umwelt im Erholungsgebiet Alpenraum dar. Im Rahmen einer europäischen Abstimmung sind Wege für die Verwirklichung eines kombinierten Verkehrs zu finden. Bei weiterem Ausbau von alpenüberschreitenden Verkehrswegen soll insbesondere im Hinblick auf den Fernlastverkehr der Schienenweg den Vorrang haben. Langfristige Lösungen beim Ausbau sind der Bau von Basistunnels am Brenner, durch die Tauern, die Karawanken, am St. Gotthard und durch den Splügen. Auf europäischer Ebene müßten Prioritäten für einen solchen Ausbau gesetzt werden.

Die Teilnehmer unterstrichen, daß es notwendig ist, die Grenzabfertigungsstellen zu verbessern. Im grenzüberschreitenden Verkehr muß ein Abbau der um sich greifenden Verbürokratisierung eintreten. Dies ist ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für gesamteuropäische Lösungen.

Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien und die Parlamentsfraktionen, die in der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten im Alpenraum zusammenarbeiten, haben sich verpflichtet, im Sinne der Ergebnisse dieser Tagung tätig zu werden. Die Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft findet im Oktober in Bregenz statt.

(-/28.6.1978/ks/hgs)

Über den Europa-Wahltag hinausgedacht

Zum Kieler Programm der Europa-Union Deutschland

Von Herbert Bermeitinger

Mitglied der Europa-Kommission beim Parteivorstand der SPD und stellvertretender
Landesvorsitzender der Europa-Union Rheinland-Pfalz

Dem Anspruch der Europa-Union Deutschland ungeachtet tagespolitischer Schwierigkeiten an dem Ziel eines europäischen Bundestaates festzuhalten und zu handeln ist die Organisation der europäischen Föderalisten in der Bundesrepublik einmal mehr gerecht geworden: Das zum Abschluß des 24. Bundeskongresses der Europa-Union Deutschland verabschiedete "Kieler Programm" setzt Maßstäbe für die erste europäische Direktwahl und die ersten direkt zu wählenden Europa-Parlamentarier. Es enthält aber auch Vorstellungen und Vorschläge, die weit über den Wahltag des 10. Juni 1979 hinausreichen.

Horst Seefeld, Obmann der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und Vizepräsident der Europa-Union Deutschland, präsentierte und interpretierte das "Kieler Programm" und nannte als wichtigste Zielvorstellung den "Nationalstaat zu überwinden und Europa zu schaffen". Aber weder das Programm noch sein Interpret beließen es bei dieser unstrittigen Feststellung, sondern untermauerten das Unstrittige mit mutigen Lösungs- und Aufgabenstellungen. Seefeld erinnerte in aller Offenheit daran, daß es die Europa-Union war, die in ihrem Baden-Badener Programm, wenn auch nur mehrheitlich, die Zusammenarbeit in Richtung Osteuropa schon 1966 bejahte. Bei der Diskussion des Programms und wichtiger Einzelteile wurde besonders hervorgehoben, daß die Direktwahl eine Chance sei, daß das erste direkt gewählte Parlament aber auch zu einer großen Enttäuschung werden könne, wenn nach der ersten fünfjährigen Wahlperiode Europa nicht weiter gekommen sei. Für die Kandidaten und Abgeordneten aller Parteien kann der von Vertretern aller demokratischer Richtungen geschaffene Kieler "Orientierungsrahmen" (Seefeld) schon deshalb als ständige Richtungsweisung nur empfohlen werden. Nicht jede einzelne Formulierung, wohl aber Geist und sachlicher Inhalt verdienen Unterstützung und Beachtung. (-/28.6.1978/vo-he/gat)

+

+

+

Ritual, Beschäftigungstherapie oder... ?

Von Hermann Dürr MdB

Die Bundesratsmehrheit hat zum 21. Renten Anpassungsgesetz den Vermittlungsausschuß angerufen. Die Überschrift der Stuttgarter Nachrichten zu dieser Meldung "Bundesrat stoppt Rentenpläne" ist offensichtlich abwegig. Der Bundesrat kann dieses Gesetz gar nicht stoppen, denn es bedarf seiner Zustimmung nicht. Er kann nur bremsen, das heißt über eine nicht sehr lange Zeit verzögern. Gesetzesinhalt und Datum des Inkrafttretens bleiben unverändert. Nur der Zeitpunkt, zu dem der endgültige Wortlaut des Gesetzes sicher feststeht, wird hinausgeschoben, sehr zum Ärger der die Bestimmungen durchführenden Verwaltung. Vergrößert wird auch das Unsicherheitsgefühl vieler Rentner, die über manches besser Bescheid wissen als über den Unterschied zwischen zustimmungspflichtigen und nicht zustimmungspflichtigen Gesetzen.

Der weitere Ablauf ist vorauszusehen. Am 3. Juli tritt der Vermittlungsausschuß zusammen. Die Massenmedien werden darüber berichten, als wäre es ein wichtiges Ereignis. Die Vertreter der Koalition werden ihre elf Stimmen für das Gesetz einsetzen. Ein vom Bundestagsbeschluß abweichender Vermittlungsvorschlag wird also nicht zustandekommen. Das ist klar, denn die Bundesratsmehrheit wollte auch gar nicht etwas Vermittlungsfähiges, etwa einen Verbesserungsvorschlag zu Einzelheiten des Gesetzes. Sie wollte Flagge zeigen, indem sie nochmals das Oppositionskonzept den Regierungsvorschlägen entgegensetzte.

Zum Bundestagsbeschluß wird am 3. Juli keine Änderung vorgeschlagen werden. Also muß der Bundestag vorläufig nicht in Aktion treten. Das Gesetzespaket geht zurück an den Bundesrat, der am 7. Juli tagt. Die Sitzung wird in den Massenmedien mehr als üblich beachtet werden, denn dann ist Sauregurkenzeit. Stimmt der Bundesrat gleich ab wie am 23. Juni, dann ist Einspruch gegen das Gesetz erhoben, den der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder zurückweisen kann.

Mit diesem Einspruch bewirkt der Bundesrat nichts anderes, als daß er den Bundestag zu einer Sondersitzung zwingt. Die ist für den 24. August vorgeplant. Der Großteil

der Abgeordneten von CDU und CSU kann wegbleiben. Auf sie kommt es nicht an. Nur SPD und FDP müssen vollzählig da sein. Viele werden ihre Familien am Urlaubsort für ein paar Tage allein lassen müssen. Das ist nicht schön, aber Berufsrisiko der Parlamentarier. Grenzenlos inhuman ist aber, daß dann einige aus der dringend nötigen Kur und andere gar aus dem Krankenbett gerissen werden. Das Ergebnis vom 24. August hängt nämlich nicht von der politischen Entschlossenheit der Koalition, sondern schlicht und ergreifend vom Krankenstand ab. Da müssen dann, auch wenn sich die Ärzte die Haare raufen, ein paar kranke Abgeordnete aus den Betten und nach Bonn reisen, nur damit die CDU/CSU so und so oft vorgetragene Argumente noch einmal wiederholen und damit in die Tagesschau kommen kann.

Ein notwendiges Ritual? Sicher nicht. Ein Versuch, die Koalitionsabgeordneten zu beschäftigen und damit zu ärgern? Sicher auch nicht. Nur der Versuch der CDU/CSU, den Massenmedien "Kampf für den Rentner bis zum letzten" vorzutäuschen, denn die waren bisher so höflich, so etwas als spannende Politik und nicht als unnötige legislatorische Muskelspiele zu verkaufen.

Zwei Nachsätze sind nötig:

- 1/ Wenn am 7. Juli im Bundesrat ein von der CDU geführtes Land nicht für den Einspruch stimmt, dann wäre es nicht vom rechten Oppositionswege abgewichen, sondern hätte nur der Vernunft eine Gasse geschlagen und dem Bundestag die kostspielige Sondersitzung erspart.
- 2/ Am 7. Juli berät der Bundestag auch über das nicht zustimmungspflichtige Strafverfahrensänderungsgesetz. Die Bundesratsmehrheit kann dann die gleichen Muskelspiele in weiterer Auflage beginnen - oder sich und uns die Abfolge der weiteren Akte mit sicher voraussehbarem Ende ersparen.

(-/28.6.1978/vo-he/hgs)